

Regierung auf der Spur des demografischen Wandels

Zukunftsvisionen Der viel zitierte demografische Wandel steht im Mittelpunkt eines komplexen Postulates, das die Regierung nun beantwortet hat - mit teils überraschenden Erkenntnissen.

VON HOLGER FRANKE

22 Fragen sind es, die im April 2012 in Form eines Postulates an die Regierung überwiesen worden waren. Entsprechend umfangreich fällt auch die Beantwortung des federführenden Ministeriums für Gesellschaft aus, die nun veröffentlicht wurde. «Die demografische Entwicklung und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen und die sozialen Institutionen.» Allein der Titel lässt

erahnen, dass hier viele Politikfelder betroffen sind, allen voran die Bereiche Finanzen, Gesundheitswesen, der Sozialbereich und der Arbeitsmarkt. Im Kern geht es um nichts Geringeres, als um die Frage, wie sich Liechtenstein bis zum Jahr 2040 respektive bis zum Jahr 2060 entwickeln könnte. Berücksichtigt werden weit in die Zukunft reichende Prognosen, die zum grossen Teil voneinander abhängen. Zwar wurden teilweise verschiedene Szenarien durchgespielt, doch das Ganze steht naturgemäss auf wackeligen Beinen. Und doch zeigt sich, dass die Politik gut daran tut, sich mit den wahrscheinlichsten Szenarien frühzeitig zu befassen. So wird beispielsweise davon ausgegangen, dass im Jahr 2040 zwischen knapp 35 000 und bis zu knapp 53 000 Menschen leben könnten. Je nach Szenario dürfte der An-

teil der über 65-Jährigen dann zwischen 24 und 32 Prozent liegen - in jedem Falle somit deutlich mehr als heute. Allein dies wirft bereits heute Fragen nach den Auswirkungen auf, allem voran im Hinblick auf die AHV.

Auswirkungen in vielen Bereichen

Doch auch die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung wurde von den Postulanten berücksichtigt. In diesem Zusammenhang hat das Ministerium errechnet, dass im Jahr 2040 rund 47 000 Menschen in Liechtenstein beschäftigt sein könnten. Interessant ist hierbei, dass in dieser Berechnung davon ausgegangen wird, dass die Anzahl der im Land lebenden Erwerbstätigen annähernd stabil bleiben dürfte. Die Anzahl der Zupendler würde in diesem Fall also erheblich steigen. Dass dies zum Beispiel Auswirkungen auf die Verkehrs-

planung hat, liegt auf der Hand. Das reale Bruttoinlandsprodukt könnte hochgerechnet auf rund 7,2 Milliarden Franken steigen - allerdings weist das Ministerium für Gesellschaft ausdrücklich darauf hin, dass diese Annahme lediglich auf eine Hochrechnung beruht. Nicht zuletzt seien es die Innovationen der Unternehmen, die darüber entscheiden, wie sich die liechtensteinische Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb behaupten kann. Auch die Zukunft des Finanzsektors spielt eine wichtige Rolle. Steigt jedoch Produktivität, könnte sich das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu heute jedoch auch beinahe verdoppeln. All dies hätte natürlich auch Auswirkungen auf die Steuereinnahmen, die bis zum Jahr 2060 auf knapp 1,7 Milliarden Franken ansteigen könnten. In Verbindung mit den Annahmen zur

Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung lassen sich so Schlüsse über die Ausgaben ziehen, die Staat und Gemeinden zu tragen haben, wie etwa für die Bereiche Gesundheit, Pflege, Bildung und Arbeitslosigkeit. Ob diese und viele weitere Entwicklungen tatsächlich so eintreten werden, bleibt natürlich abzuwarten. Aber wie die Regierung in ihrer Postulatsbeantwortung festhält, stellt sich schon heute die Frage, wie ein Staat mit zukünftigen Entwicklungen umgehen soll. Dabei sei es Ansichtssache, welche Rolle der Staat in gesellschaftlichen Prozessen generell einnehmen solle. «Die Ansichten reichen von einem aktiven Eingreifen in Veränderungsprozesse bis hin zu vollkommener Passivität.» Die Regierung bevorzuge weder die eine noch die andere Extremposition, heisst es in dem Bericht.